

Interview **Andreas Fanizadeh**

taz am wochenende: Herr Malinowski, Sie sind 1966 in Berlin geboren, im Westteil der Stadt zur Schule gegangen. Haben dort auch studiert. Hätten Sie als angehende Historiker gedacht, dass wir uns über die Beteiligung der Monarchisten an der Zerstörung der Weimarer Demokratie sowie dem Aufstieg des Faschismus einmal wieder ernsthaft streiten werden?

Stephan Malinowski: Nein, mit Sicherheit nicht. Wie die meisten dachte ich, dass man in dieser Hinsicht mit den Hohenzollern und diesem alten Adelsmilieu fertig ist.

Ihre Dissertation von 2003 trägt den Titel „Vom König zum Führer. Sozialer Niedergang und politische Radikalisierung im deutschen Adel zwischen Kaiserreich und Staat“. Also eine leise Ahnung von den heutigen Auseinandersetzungen müssen Sie da schon gehabt haben?

Zu dem Thema bin ich eher durch Zufälle gekommen. Ich habe mich im Studium früh für Stauffenberg und den Kreis um den 20. Juli interessiert. Den konservativen Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Sowie die Bruchstellen, die es zwischen Konservativen und Nazis gab. Insofern beschäftigte ich mich früh mit dem preußischen Adel. Und wusste, wie klein der tatsächlich Widerstand leistende Kreis der Adligen war.

Erbden der gestürzten Hohenzollernmonarchie streben heute nach Wiedergutmachung für ihre wegen ihrer Beteiligung an der Naziherrschaft eingezogenen Vermögen im Osten Deutschlands. Wann haben Sie das erste Mal davon gehört?

Mit dem Ende der DDR gab es 1994 eine gesetzliche Festlegung. Die besagt, dass niemand einen Anspruch auf Entschädigungen haben soll, der oder die dem Aufstieg des Nationalsozialismus „erheblichen Vorschub“ geleistet hat. In der Diskussion um eine Regelung über Entschädigungen schalteten damals auch adlige Erbgemeinschaften ganzseitige Anzeigen in großen Tageszeitungen. Ich war zu dieser Zeit noch Doktorand in Italien. Zuletzt forschte ich zur französischen und europäischen Kolonialgeschichte. Dann kam die Anfrage des brandenburgischen Finanzministeriums aus dem Frühjahr 2014. Ich sollte ein Gutachten über den letzten deutschen Kronprinzen verfassen.

Um was ging es da genau?

Im Grunde um jene Frage, die bis heute nicht endgültig geklärt scheint: Hat der letzte deutsche Kronprinz, Wilhelm von Preußen (1882 bis 1951), dem Nationalsozialismus erheblichen Vorschub geleistet, wie es die Juristen ausdrücken, oder nicht? Also, ob der älteste Sohn des letzten deutschen Kaisers eine wichtige Rolle bei der Unterstützung des Werdens und des Bleibens des NS-Regimes gespielt hat.

Zu welchem Ergebnis kamen Sie 2014?

Ich blätterte meine eigenen Notizen durch, begann in den Archiven nachzulesen. Etwa im brandenburgischen Finanzministerium in Potsdam. Ich las es gar nicht um geheime Akten. Ich las in alten Zeitungen, Schriftsätzen und Sammlungen. Schnell entstand ein erster, relativ klarer Eindruck. Überraschend war für mich vor allem dies: Warum hat man das Wirken des früheren Kronprinzen nicht schon viel früher thematisiert?

Warum nicht?

Ein Teil der Erklärung dürfte darin liegen, dass wir die Geschichte der Weimarer Republik eher rückwärts lesen, von 1933 an. Denn die endgültige Zerstörung kam von den Nationalsozialisten. Man hat dabei andere rechtsradikale Gruppen, die sich seit etwa 1900 herausgebildet hatten, tendenziell vernachlässigt. Obschon diese ebenfalls eine große Relevanz für die Zerstörung der Republik hatten. Zu diesem Milieu gehören große Teile des preußischen Adels, des deut-

lichen Hochadels und eben führend die Hohenzollern.

Im Jahr 2015 wurden Sie erstmals von den Anwälten der Hohenzollernfamilie strafrechtlich angegangen. Was war der Grund?

Ein Beitrag von mir für *Die Zeit*. Ich stellte dort im August 2015 den inhaltlichen Kern meines Gutachtens einem größeren Publikum vor. Ich fand es kurios, dass innerhalb des Ministeriums eine geheim gehaltene Geschichtswissenschaft stattfindet, mit eigens bezahlten Historikern von zum Teil sehr hohem Rang. Ein von den Hohenzollern privat beauftragtes und bezahltes Gutachten kam ja von Christopher Clark, Professor an der University of Cambridge, einem der angesehensten und populärsten Historiker der deutschen Geschichte überhaupt.

Sie und Peter Brandt waren vom Ministerium beauftragt, Clark und Wolfram Pyta waren privat von den Hohenzollern bestellt?

Ja, zu Konditionen, die wir nicht kennen. Clark hatte als Erster ein Gutachten vorgelegt, was ich übrigens bis heute nicht schlecht finden kann. Aber um auf meinen *Zeit*-Artikel zurückzukommen: Ich war der Ansicht, dass diese Fragen in eine öffentliche Debatte gehören. Wir sprechen schließlich über 1933 und den Anteil, den die deutschen Eliten bei der Etablierung des Dritten Reiches hatten. Ich habe für meinen Artikel keine vertraulichen Quellen zitiert, nur öffentlich zugängliches Material verwendet. Das hat allerdings für eine Strafanzeige von Georg Friedrich Prinz von Preußen und die Eröffnung eines Ermittlungsverfahrens gegen mich bei der Staatsanwaltschaft Hamburg gereicht. Da kann man schon nervös werden, wenn man zum Weihnachtsfest 2015 einen Brief der Staatsanwaltschaft Hamburg bekommt. Der Vorwurf lautete auf Verletzung von Privatgeheimnissen der Familie. Das Verfahren wurde 2016 eingestellt.

Prinz von Preußen ist sehr prozessfreudig?

Es hagelte speziell nach 2019 Abmahnungsschreiben, die der „Chef der Familie“ gegen Medienhäuser, Journalisten, Historiker und Politiker richtete. Wir sprechen von über 80 bekannten Fällen, die auch auf einer eigens geschaffenen Wiki-Seite dokumentiert werden.

Kennen Sie ein anderes Beispiel für den Versuch, mit juristischen Mitteln eine wissenschaftliche Debatte und Interpretation von Geschichte derart einzukreisen?

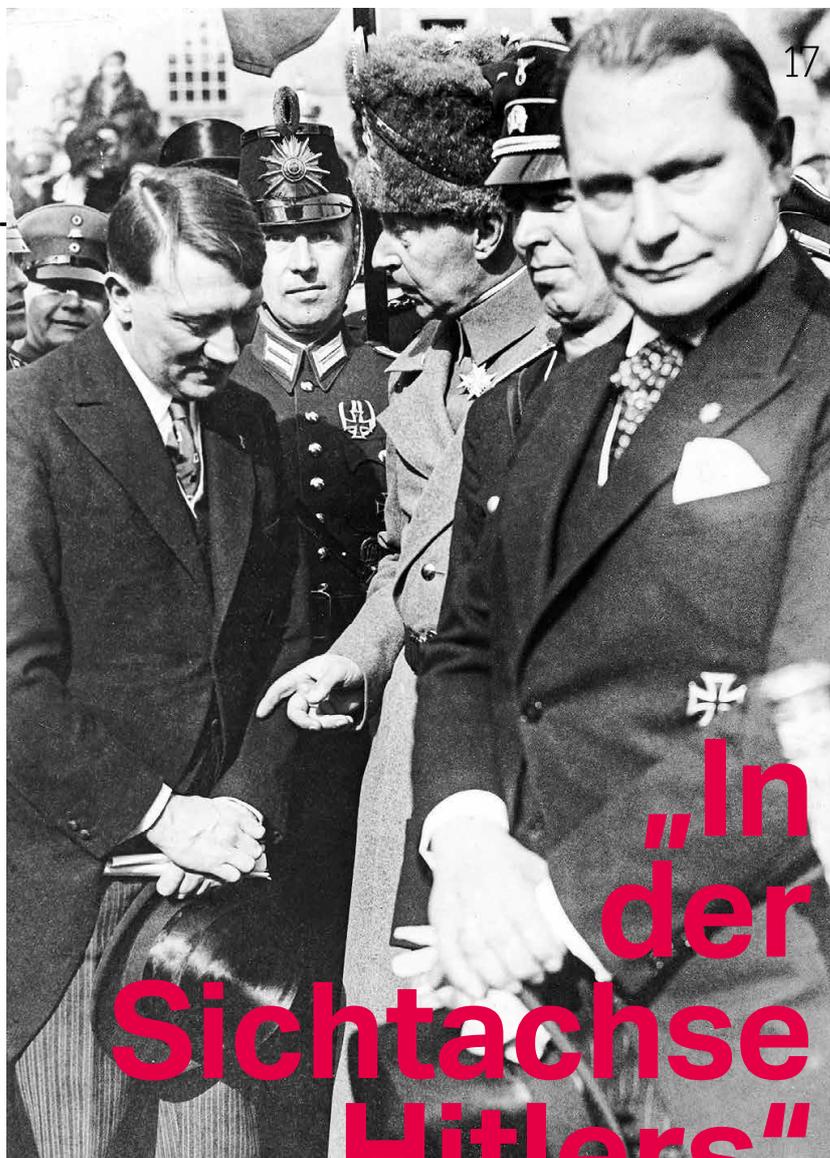
Ich kenne keines, aber ich bin auch kein Jurist. Es scheint mir in der deutschen Nachkriegsgeschichte beim Umgang mit einem historischen Stoff jedoch ein Sonderfall zu sein.

Nun haben Sie gerade Ihr 750-seitiges Werk „Die Hohenzollern und die Nazis. Geschichte einer Kollaboration“ veröffentlicht. Es fehlt auf kaum einer Bestenliste. Was glauben Sie, wird das nun Eindruck auf Georg Friedrich Prinz von Preußen machen?

Ich gehe davon aus, dass die Familie Hohenzollern, ihre juristischen und historischen Berater den Forschungsstand insgesamt zur Kenntnis nehmen werden. Eine Stärke konservativer Historiker in Deutschland lag eigentlich auch immer darin, empirische Evidenzen anzuerkennen. Das unterscheidet sie von einer ideologischeren Rechten.

Lassen Sie uns kurz über Fakten sprechen, die eindeutig dafür sprechen, dass der frühere Kronprinz ein prominent Handelnder auf rechts-extremen Seite war.

Man sollte zur Person des Wilhelm Prinz von Preußen zwei Punkte festhalten: Erstens, dieser Mann hat von Anfang bis Ende radikal und mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die Republik gearbeitet. Und zwar scharf, unnachgiebig und auf Seite der extremen Rechten. Und zweitens, im Kern seiner Bemühungen stand die Zusammenführung aller rechtsradikalen Kräfte in einem Bündnis. Er hat so spä-



„In der Sichtachse Hitlers“

Wie braun waren die Hohenzollern und der deutsche Hochadel wirklich? Ein Gespräch mit dem Historiker Stephan Malinowski über die Zerschlagung der Weimarer Republik und die Rolle, die das preußische Königshaus dabei spielte

Demokratie war nie eine Option: Kronprinz mit Mütze der Totenkopfmusikanten im Gespräch mit Hitler. Im Vordergrund Göring, „Tag von Potsdam“, 21.3.1933
Foto: bpk



Der Kronprinz trommelt für Hitler. Karrikatur aus dem „Vorwärts“, 4. 4. 1932
Karrikatur: Archiv der sozialen Demokratie

testens mit dem Jahr 1930 den Nationalsozialismus und die NS-Bewegung offen und massiv unterstützt. Als prominent hervorgehobene Figur hat der frühere Kronprinz dem Vormarsch der NS-Bewegung konsequent Vorschub geleistet. Wie auch seine Ehefrau, die meisten seiner Brüder, sein Vater und andere Mitglieder dieser Familie, wie auch zeitweise sein Sohn Louis Ferdinand. Sie alle haben den Nationalsozialismus öffent-

lich sowie im internen Bereich des rechten Milieus massiv befördert. Das lässt sich durch viele Dokumente belegen. Beiträge in Zeitungen, Reden, Briefe, Notizen über Zusammenkünfte, Treffen mit NS-Honoratioren und, und.

Gerade ist ein Sammelband erschienen. Da wird der frühere Kronprinz von Autoren wie Ulrich Schlie und Thomas Weber als ein „geduldet, bisweilen belächelter Mitläufer am Rande“ dargestellt. Demnach sei er zu unbedeutend gewesen, um der Aufstieg des Nationalsozialismus erheblichen Vorschub zu leisten. Was entgegenen Sie?

Also das ist das Kernargument, welches der Kollege Christopher Clark in seinem frühen Gutachten ins Spiel gebracht hat. Clark selber hat es längst revidiert und sagt, ihm sei damals nicht genug Material zur Verfügung gestanden. Clark konnte auch nicht ahnen, wohin die Debatte drehen würde. Nein, der Kronprinz war eindeutig keine gesellschaftliche Randfigur. Er war ein sehr prominenter Repräsentant der alten Eliten. Auch der andere von den Hohenzollern beauftragte Gutachter Wolfram Pyta bezweifelt ja nicht, dass der frühere Kronprinz eine Schlüsselfigur in den Jahren 1932 und 33 war. Nur behauptet Pyta, dass der Kronprinz versucht hätte, zusammen mit General Schleicher eine Art Militärdiktatur zu errichten. So hät-

ten die Monarchisten praktisch als „Résistance avant la lettre“ den Führer verhindern wollen. Auch diese These ist von der Fachwissenschaft scharf kritisiert worden.

Sie sprechen bei den Hohenzollern und ihren Vertretern von einer Archäologie der Argumente, was meinen Sie damit?

Der heutige Chef des Hauses befleißigt sich unterschiedlicher These, um ans Ziel zu kommen. Funktioniert die eine nicht, holt er die nächste hervor. Mal soll der Kronprinz gar nicht rechtsradikal gewesen sein. Tauchen eindeutige Belege auf, soll er wiederum zu dumm oder unbedeutend gewesen sein. Oder im Kulturausschuss des Bundestages behauptet ein Benjamin Hasselhorn, die Forschung wüsste noch gar nichts Genaues über den Kronprinzen. Das Gegenteil ist seit Jahrzehnten der Fall. Der Kronprinz setzte seine große symbolische Macht zielstrebig dafür ein, den Nationalsozialismus an die Macht zu bringen.

Er gehörte auch selber der SA an?

Einer Unterabteilung der SA. Er läuft nach 1933 in Uniform mit Hakenkreuzbinde herum, lässt sich für die Propaganda damit ablichten. Er nimmt Paraden wie die der SA in Breslau im Oktober 1933 ab. 80.000 Männer ziehen an